

Ohne Bildung in die Zukunft?

Ein kritischer Blick auf die neue Studie des Wuppertal Instituts „Zukunftsfähiges Deutschland“

Zwölf Jahre nach Erscheinen der Studie „Zukunftsfähiges Deutschland – ein Beitrag zu einer global nachhaltigen Entwicklung“¹, herausgegeben von der katholischen Entwicklungsorganisation MISEREOR und BUND sind diesmal BUND und die evangelische Entwicklungsorganisation BROT FÜR DIE WELT Herausgeber – ein ökumenisches Gesamtwerk sozusagen und eine Art negativer Fortschrittsbericht.

Die Studie von 1996 war bahnbrechend, indem sie mit dem Konzept des Umweltraums die Gerechtigkeitsfrage in die Nachhaltigkeitsdebatte radikaler als zuvor einführte, den demokratischen Anspruch aller Menschen auf die gleichen Nutzungsrechte an den globalen Umweltgütern. Damit war ein Maßstab gesetzt, an dem sich spätere Studien und Forderungen zu orientieren hatten und der besonders den Industrieländern Sorgen bereitete: Bedeutete dieses Konzept doch, dass eine nachhaltige, nachholende Entwicklung der Länder des Südens nur mit einem Wohlstandsverzicht und einer drastischen Einschränkung des Nordens erreicht werden kann.

Wann immer über Wirkungspotenzial oder Einflussmöglichkeiten von Wissenschaft und Forschung gegrantelt wird: Hier liegt ein eindeutiger Erfolg vor. Auch die Bundesregierung hat sich diesen ethischen Maßstab für die Formulierung der eigenen Politikkonzepte für Nachhaltigkeit zu eigen gemacht. Und internationale Organisationen, wie die Weltbank, haben diesen Ansatz ebenfalls übernommen.

Dies ist deswegen als besonderer Fortschritt hervorzuheben, als der Anspruch der Entwicklungsländer auf eine nachholende, nachhaltige Entwicklung zu Lasten einer Fortführung des eingeschlagenen Entwicklungspfades der Industrieländer explizit anerkannt und damit implizit eine Verpflichtung für die Industrieländer ausgesprochen wird, den Entwicklungsländern in einem weit größeren Umfang als bisher auch die finanziellen Mittel zur Verfügung zu stellen und insbesondere die internationalen ökonomischen Regelwerke zu Gunsten der Entwicklungsländer zu reformieren.

Bereits im Vorwort der Herausgeber BUND, Brot für die Welt und EED wird eine erste, kritische Bilanz des Nachhaltigkeitsfortschritts seit 1996 gezogen: „Die Wende zu einer Politik der Nachhaltigkeit ist offensichtlich noch nicht gelungen“ (BUND 2008, S. 16). Ihr Resümee: Die Politik macht nur, was nicht weh tut. Hier ein bisschen Corporate Social Responsibility, dort ein bisschen bio-faire Produkte reichen nicht aus, um vom Pfad einer nicht-zukunftsfähigen Entwicklung auf den Pfad der Nachhaltigkeit zu gelangen (vgl. ebd. S. 17).

Klar beschreiben die Herausgeber die Zielsetzung der Studie, der zu analysierenden Themen und aufzuwerfenden

Fragen: „Welche Veränderungen sind nötig, damit Deutschland zukunftsfähig wird und seinen Beitrag zur Zukunftsfähigkeit der Welt leisten kann? Welche internationalen und nationalen Regeln und Institutionen sind nötig, welche Veränderungen in Politik, Wirtschaft, Konsum, Produkten und Lebensstilen, in Arbeit und Freizeit, in Technik, im sozialen Zusammenleben sowie in unserer Kultur?“ (ebd.).

Ein umfassender, holistischer und integrativer Ansatz also, den die Herausgeber vorgeben und der in der Studie auch weitgehend eingelöst wird. Aber es ist schon auffallend, dass bei einer nach Vollständigkeit bemühten Aufzählung der zentralen Felder, die den Weg zu einem nachhaltigen Deutschland beschreiben, die Themen Bildung und Erziehung nicht vorkommen. So ist es dann auch nur logisch und konsequent, dass diese für die deutsche Nachhaltigkeitsdiskussion so wichtige Studie, die sich selbst den Anspruch gestellt hat, einen Anstoß zur gesellschaftlichen Debatte über ein zukunftsfähiges Deutschland zu sein, das Thema Bildung bei über 600 Seiten in gerade einmal 18 ½ Zeilen gewissermaßen ‚abfrühstückt‘. Und dies auch noch unter dem falschen thematischen Dach „Arbeit fair teilen. Auf dem Weg zur Tätigkeitsgesellschaft“ (ebd. S. 445). Erwartet hätte man eine Behandlung des Themas etwa im Themenschwerpunkt „Leitbilder“. Aber hier geht es um „Gastrecht für alle“ und andere wichtige gesellschaftliche Herausforderungen.

Bildung und Erziehung trauen die Autoren hingegen offensichtlich keinen relevanten Beitrag zu. Dies ist bei der methodisch-konzeptionellen Anlage der Studie zunächst überraschend. Denn dem wissenschaftlich durchaus kreativen und innovativen Blick auf unsere Gesellschaft, der Betonung der Schaffung einer breit angelegten und tief in den Menschen verankerten Nachhaltigkeitskultur hätte man zumindest zugehört, dass man sich auch mit der Frage beschäftigt hätte, welchen Beitrag nun Bildung und Erziehung bei der Gestaltung eines zukunftsfähigen Landes leisten sollte. Bei genauerer Beschäftigung mit der Studie entsteht dann allerdings der Eindruck, dass es sich nicht lediglich um ein Versäumnis handelt.

Die These, dass Bildung eine zentrale Rolle und Querschnittsaufgabe im Nachhaltigkeitsprozess hat, geht davon aus, dass Nachhaltigkeit gleichzeitiger und gleichwertiger ökologischer, ökonomischer und sozialer Veränderungen des herrschenden Entwicklungs- und Gesellschaftsmodells bedarf. Und dies sowohl auf nationaler wie globaler Ebene. Die Anerkennung dieses Nachhaltigkeitsdreiecks in der Debatte der letzten beiden Dekaden über alle politischen Lager hinweg war der eigentliche Durchbruch, um von einer begrenzten Umwelt-

schutzdiskussion hin zu einer umfassenden Nachhaltigkeitsdiskussion zu kommen. Erst durch dieses aufgeklärte Nachhaltigkeitsverständnis, die Gerechtigkeitsfrage v.a. in unserem Verhältnis zu den Entwicklungsländern zu stellen, war es möglich, etwa über die Thematisierung von Corporate Social Responsibility die Wirtschaft über den Tellerrand der Erfüllung von Umweltauflagen oder gar einer aktiven betrieblichen Umweltpolitik mit der Erfüllung ihrer insbesondere auch internationalen sozialen Verantwortung im Gestaltungsprozess der Globalisierung mit einzubinden; war es möglich, die Menschenrechtsthematik, Gendergerechtigkeit, gute und verantwortliche Regierungsführung zu konstitutiven Bestandteilen der Nachhaltigkeitsdebatten und -strategien zu machen. Um es noch einmal zu sagen: immer unter der Voraussetzung, dass alle Akteure der drei Nachhaltigkeitsdimensionen ihren Beitrag leisten und innerhalb ihres Sektors daran arbeiten, das Bewusstsein über Nachhaltigkeit zu schaffen und der Bereitschaft, sich an der Gestaltung von Nachhaltigkeit zu beteiligen bzw. daran mitzuwirken.

Aber hier setzt das Wuppertaler Autorenteam einen deutlichen Kontrapunkt: Das Verständnis eines „Dreieck[s] der Nachhaltigkeit“ sei eine „konzeptionelle Nachlässigkeit“ (ebd. S. 26): „diese Gleichstellung verkennt die Absolutheit sowohl ökologischer Grenzen, als auch der Menschenrechte. Deshalb wird eine Politik der Zukunftsfähigkeit vordringlich die Grenzen der Tragfähigkeit des Ökosystems betrachten und von dort aus Leitplanken für Wirtschaft und soziale Sicherheit garantieren. Ein ähnlicher Unbedingtheitsanspruch kommt den Menschenrechten zu“ (ebd.). Dieses dreidimensionale Bild sei im Übrigen vom Verband der chemischen Industrie eingebracht worden.

Mit dieser Position wird eine radikale Kehrtwende in der Nachhaltigkeitsdebatte vollzogen und der „Rio-Konsens“ über das Verständnis von Nachhaltigkeit aufgekündigt. Wer die Nachhaltigkeitsdiskussion derart in Frage stellt, muss sich über die Notwendigkeit von Verhaltens- und Bewusstseinsveränderungen sowie Globalem Lernen keine Gedanken mehr machen. Wer Nachhaltigkeit auf die Dimension eines konsequenten Umwelt- und Ressourcenschutzes mit unbedingter Einhaltung der Menschenrechte reduziert, braucht andere Instrumente und Regelwerke.

In einer faktischen Gleichsetzung von Marktwirtschaft (auch einer ‚sozialen‘ oder ‚sozial-ökologischen‘) mit dem Modell des marktwirtschaftlichen Neo-Liberalismus wird der Wirtschaft schlechthin die Fähigkeit abgesprochen, ‚Motor für gesellschaftliche Entwicklung‘ zu sein. Der Markt ‚ist blind für die Sache der Ökologie wie auch der Gerechtigkeit. Deshalb ist er im weiten Sinne die Politik, welche dafür die Regel zu setzen hat. Gemeinwohl vor Markt, anders geht es gar nicht“ (ebd. S. 27). Gemeinwohl mit Markt steht damit nicht mehr zur Diskussion. Die Marktkräfte in einen gesellschaftlichen Diskurs über Zukunftsfähigkeit einzubinden, sei naiv und zwecklos. Hier wird in erster Linie nach staatlicher Ordnungspolitik gerufen. Die Wirtschaft ist in diesem Verständnis ein zu domestizierender Gegner, kein zu gewinnender Partner.

Bleibt die Forderung nach unbedingter Einhaltung der Menschenrechte. Den Autoren sei zu Gute zu halten, dass sie



ZUKUNFTSFÄHIGES DEUTSCHLAND

in einer globalisierten Welt

Ein Anstoß zur gesellschaftlichen Debatte

Eine Studie des Wuppertal Instituts für
Klima, Umwelt, Energie

herausgegeben von






mit einem sehr weitgefassten, modernen Menschenrechtsansatz arbeiten, der sich aber aus der Studie nur ansatzweise erschließt. Aber auch unter dieser Prämisse bleibt der Eindruck, dass mit einem nahezu theologischen Ansatz „Umwelt und Menschenrechte“ in „Natur und Schöpfung“ übersetzt oder aus ihnen abgeleitet werden. Dies ist zulässig. Dies ist aber zugleich ein Rückschritt in der Nachhaltigkeitsdebatte.

Ohne Bildung geht es nicht!

Ohne Bildung geht es nicht! Und eine nachhaltige Entwicklung geht ohne Bildung schon gar nicht. Dabei wird es darauf ankommen, jene Kompetenzen durch Bildung und Erziehung zu vermitteln, die eine nachhaltige Zukunftsgestaltung ermöglichen.

Dabei darf nicht a priori die Erwartungshaltung generiert werden (wie es beim Konzept der Gestaltungskompetenzen der Bildung für nachhaltige Entwicklung mitklingt), dass über Erziehung Menschen zielgerichtet für die Zukunft vorbereitet werden können. Vielmehr geht es im Sinne von Nachhaltigkeitskompetenzen darum, Menschen zu befähigen, individuell und autonom mit der Zukunft umzugehen und diese zukunftsfähig gestalten zu können. Denn „[Menschen] müssen fachliche, kommunikative, soziale und persönliche Kompetenzen für den Umgang mit der Komplexität der Weltgesellschaft erwerben, sie müssen lernen, mit Nichtwissen und Fremdheit umzugehen. [...] Welches Wissen in der Zukunft gebraucht und deshalb heute gelernt werden muss, kann nicht mehr bestimmt werden“ (Scheunpflug/Schröck 2002).

In der neuen Studie „Zukunftsfähiges Deutschland in einer globalisierten Welt: Ein Anstoß zur gesellschaftlichen Debatte“ wird die Rolle der Wirtschaft in riskanter Weise simplifiziert: Eine Reduktion auf Freund-Feind-Schemata ist ein Rückfall auf das Diskussionsniveau früherer Dekaden und wenig hilfreich. Und auch die Ordnungspolitik allein kann nicht greifen, um den notwendigen grundlegenden Einstellungs- und Verhaltenswandel herbeizuführen. Sicherlich muss Wirtschaftspolitik in die richtigen Bahnen gelenkt werden. Wirtschaftsvertreterinnen und Wirtschaftsvertreter aber grundsätzlich den Weitblick für eine nachhaltige Entwicklung abzusprechen, schadet mehr, als dass es nützt. Vielmehr sollte auch hier Bildung konsequent genutzt werden, um Fehlentwicklungen der letzten Jahre und Dekaden entgegenzuwirken und die – durchaus vorhandenen – Beiträge der Wirtschaft zu einer nachhaltigen Entwicklung zu stärken: „Denn eines ist klar: Eine nachhaltige Entwicklung wird es nicht geben, wenn wir nur auf den Staat fokussieren. [...] Hier ist ein aktives Handeln von Staat, Wirtschaft und Zivilgesellschaft nötig“ (Hauff 2009, S. 2).

Es kommt darauf an, Innovationsszenarien zu entwickeln, die eine nachhaltige Entwicklung ermöglichen. Innovation darf nicht reduziert werden auf ein rein technisches Verständnis, sondern sie ist Teil eines gesellschaftlichen Veränderungsprozesses, der den Entwurf eines neuen nachhaltigen Gesellschaftsmodells – inklusive der Wirtschaft – zum Gegenstand hat. Dies setzt voraus, dass Bildung die hierfür notwendigen Kompetenzen vermittelt ganz im Sinne der Bonner Deklaration der jüngsten

UNESCO Weltkonferenz für Bildung für nachhaltige Entwicklung: „We need a shared commitment to education that empowers people for change. Such education should be of a quality that provides the values, knowledge, skills and competencies for sustainable living and participation in society“ (UNESCO 2009).

Bernd Schleich

Anmerkung

- 1 Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland, Brot für die Welt, Evangelischer Entwicklungsdienst (Hrsg.) (2008): *Zukunftsfähiges Deutschland in einer globalisierten Welt – Ein Anstoß zur gesellschaftlichen Debatte*. Frankfurt a. M., Fischer Taschenbuch Verlag.

Literatur

Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) und Brot für die Welt, Evangelischer Entwicklungsdienst (2008): *Zukunftsfähiges Deutschland in einer globalisierten Welt – Ein Anstoß zur gesellschaftlichen Debatte*. Frankfurt a. M.

Hauff, V. (2009): „Was ist das Neue an Nachhaltigkeit?“ – Rede auf der Nachhaltigkeitskonferenz Schleswig-Holstein „Wir machen Zukunft“, 24.04.2009, online abrufbar unter: <http://www.nachhaltigkeitsrat.de/veroeffentlichungen/redenpraesentationen/reden-2009/hauff-nhs-kiel-24-04-2009/>.

Scheunpflug, A./Schröck, N. (2002): *Globales Lernen. Eine Einführung in eine pädagogische Konzeption zur entwicklungsbezogenen Bildung*, hrsg. von der Hauptgeschäftsstelle des Diakonischen Werkes der Evangelischen Kirche in Deutschland, Stuttgart.

UNESCO (2009): *Bonn Declaration. World Conference on Education for Sustainable Development held in Bonn, Germany on 31 March to 2 April 2009*, online abrufbar unter: http://www.unesco.de/bonner_erklaerung.html?&L=0.